

## Staatliche Pensionen: Lebenserwartung steigt weiter, Pensionszuschüsse sinken.

Kann das sein? Oder verdecken Einmaleffekte die echten Probleme?



Gleich zu Jahresbeginn wies der Think Tank Agenda Austria auf die ständig steigende Lebenserwartung hin und dokumentierte diese mit einer **einprägsamen Grafik**, die Sie unten vorfinden.

Ganz deutlich zu sehen: Die **Schwierigkeiten des staatlichen Pensionssystems** werden nicht weniger und auch nicht kleiner.

Die Fakten liegen **seit 20, 30 Jahren** auf dem Tisch. Wir arbeiten weniger lang als noch in den 1970-er Jahren (späterer Arbeitsantritt etwa durch längere Studiendauer, unbezahlte Praktika, früherer Pensionsantritt). Durch die Geburtenrückgänge müssen immer weniger Junge immer mehr Pensionisten erhalten (war früher das Verhältnis 3:1, so muss bald ein Junger einen Pensionisten finanzieren). Und nun kommt also die Meldung, dass wir weiterhin immer älter werden. Der Zuwachs an Lebenszeit zwischen 2010 und 2030 wird rund 5 Jahre sein. D.h. die Pensionen müssen um diese Zeit länger ausbezahlt werden. Das kann sich nach Adam Riese so nicht mehr ausgeben.

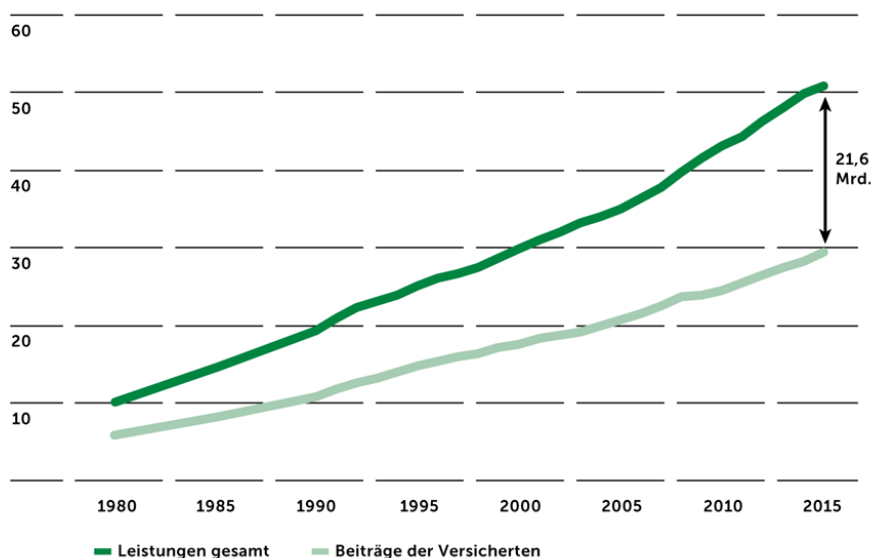
### Lücke wächst

Wie groß die Lücke zwischen Ein- und Auszahlungen bereits geworden ist, zeigt eine weitere Grafik von Agenda Austria. 1980 zahlte der Staat 9,9 Milliarden Euro an Pensionen aus, von denen nur 5,8 Milliarden von den Erwerbstätigen an Beiträgen geleistet wurden.

Die aktuellsten Zahlen dazu stammen aus 2015: Da betragen die Pensionsleistungen unglaubliche 50,9 Milliarden, von denen aber nur etwa 29,3 Milliarden aus Beiträgen stammten.

Der Staat – also wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – muss immer mehr zuschießen. Wie lange das angesichts immer strengerer Budgetvorgaben (u.a. durch die EU) möglich bleiben wird, ist umstritten. Aber zahlreiche **Expertinnen und Experten fordern Maßnahmen und meinen damit Einsparungen**, denn mehrere voneinander unabhängige Prognosen zeigen, dass der Betrag weiter ansteigen wird, falls es keine Änderungen gibt.

**Pensionskosten** (ASVG, GSVG, FSVG, BSVG, Beamte) – in Mrd. Euro



Quelle: EcoAustria

Grafik: Agenda Austria

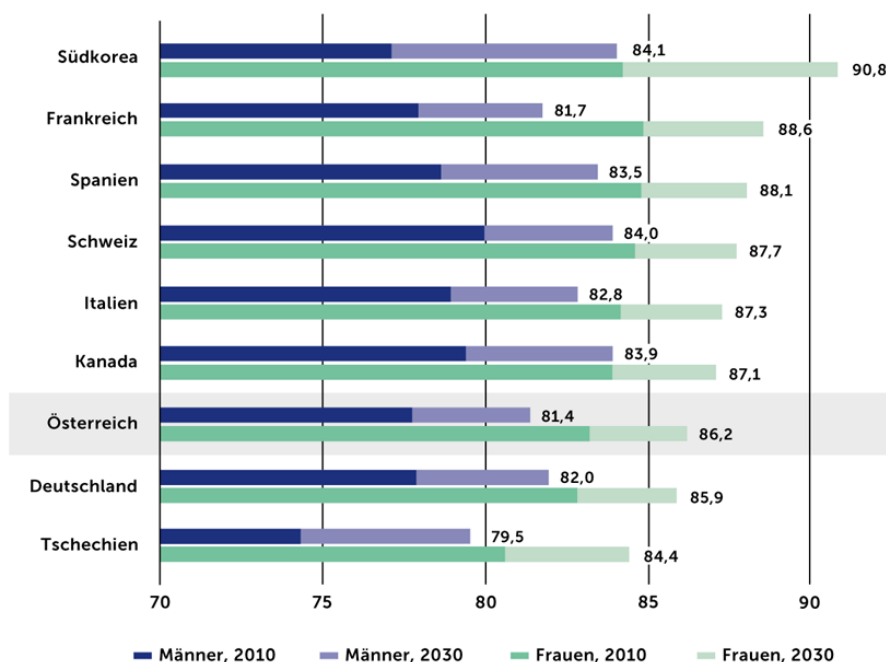


## Trost?

Agenda Austria versuchte die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu Jahresbeginn zu trösten: Tenor: Zwar vergehe die Zeit immer schneller, aber immerhin, wir haben mehr davon ...“

Und tatsächlich: In Österreich kann im Jahr 2030 ein frisch auf die Welt gekommenes Mädchen mit 86,2 Jahren und ein Bub mit 81,4 Jahren rechnen. Ein **Anstieg von rund 5 Jahren seit 2010**.

### Lebenserwartung bei der Geburt – in Jahren



Quelle: „Future Life expectancy in 35 industrialised countries“, M. Ezzati et al. The Lancet, Februar 2017



Grafik: Agenda Austria

Eine gestiegene Lebenserwartung ist für den Einzelnen eine feine Sache, besonders wenn man die Zeit auch lange gesund genießen kann. Für die Finanzierung des staatlichen Pensionssystems ist sie aber eine enorme Belastung.

## Hoffnung? Zuschuss sank im Vorjahr!

Vorige Woche berichteten die Medien davon, dass zum dritten Male die staatlichen Ausgaben für die Pensionen gegenüber dem Vorjahr gesunken seien. Laut aktuellen Zahlen des Finanzministeriums habe der Staat im Vorjahr „nur“ 9,03 Milliarden Euro zu den Beiträgen der Versicherten zugeschossen.

Hinweis: Am Anfang des Beitrags war von einer Lücke von 21,6 Mrd. die Rede. Jetzt nur von 9,03 Mrd. Die Differenz liegt in den Pensionskosten für Beamte, die der Bund komplett finanziert. Bei den nun genannten 9 Mrd. geht es ausschließlich um den Zuschussbedarf zu den **ASVG-Pensionen**.

## Wie können die Zuschusskosten – angesichts obiger Strukturprobleme – sinken?

2016 mussten noch 9,92 Mrd. aus Steuermitteln zugeschossen werden. 2017 nur 9,03 Mrd.

Wie geht das?

In **ersten Erklärungen** war vom Konjunkturaufschwung die Rede, der für mehr Beschäftigung und damit Beitragszahler Sorge. Und von der moderaten Inflationsrate, die zu geringerer Teuerungsabgeltung geführt habe. Und vom Greifen erster Reform-Maßnahmen, die den Zuzug zur Frühpension gedämpft hätten.

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer sprach sogar im STANDARD, dass die „Unkenrufe über die angeblich explodierenden Kosten falsch seien“.

Kritische Geister wollten das aber nicht glauben und sahen **Einmaleffekte als Ursache** für die gesunkenen Pensionszuschüsse. Sie erinnerten daran, dass die Bank Austria aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes 790 Mio. Euro ins staatliche Pensionssystem nachzahlen musste, nachdem sie gut 3.000 Mitarbeiter von der hauseigenen Sozialversicherung ins allgemeine System überführt hatte, wie DER STANDARD recherchierte. Und von Agenda Austria wurde ein **weiterer Einmaleffekt** erhoben: Durch den Beschäftigungsbonus der alten Regierung zahlte der Staat „unter dem Deckmantel Wirtschaftsförderung“ für neue Jobs rund 400 Mio. ins Pensionssystem. Agenda Austria kommt zur Schlussfolgerung: „Von finanzieller Entspannung keine Spur“

### **Deutschland zahlt um 58 % niedrigere Pensionen**

In Diskussionen zur Einsparungsnotwendigkeit werden als **anzustrebende Modelle Schweden** (u.a. weil das Pensionsantrittsalter mit der steigenden Lebenserwartung gekoppelt wurde) **und Deutschland** (dank Hartz IV seien die Pensionskosten im Griff) erwähnt.

Wie „der trend“ erhob, zählt Österreich tatsächlich zu den europäischen Spitzenreitern, was die Pensionszahlungen pro Kopf anlangt. Unsere Pensionisten erhalten durchschnittlich eine **Bruttorente von 1.231 Euro**. Die Rente der Deutschen fällt dagegen um 58 Prozent geringer aus.

Diese höheren Pensionen führen zu einer **doppelten Belastung für Österreicherinnen und Österreicher**: Einerseits in Form höherer Beiträge: Wir zahlen durchschnittlich 22,8 Prozent des Gehalts für die Pension ein. In Deutschland sind es dagegen bloß 18,7 Prozent.

Andererseits sind die Zuschüsse des Staates – und somit der österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – deutlich höher als in Deutschland. Und das seit rund 40 Jahren, was viele Kritiker warnen lässt, dass das österreichische Pensionssystem bald unfinanzierbar wird.

Einer der **langjährigen Mahner ist Prof. Bernd Marin**, langjähriger Leiter des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik, Universitätsprofessor und anerkannter Experte für Sozialforschung. Er erklärte kürzlich in einem Interview: „Der Sozialstaat ist nicht überholt, aber überholungsbedürftig.“ Und er tadelte im Kurier, „die Verantwortlichen würden bei diesem wichtigen Zukunftsthema wie in einem Operettenstaat agieren“.

Prof. Marin wies auf eine **weitere Schwachstelle in Österreich** hin: Nämlich, dass wir uns extrem stark **auf das staatliche Pensionssystem verlassen und kaum vorsorgen**.

„Wir Österreicher geben für Lebensversicherungen nur etwa ein Drittel der Prämien aus, die die Bürger in Schweden, Dänemark oder Großbritannien investieren. Die private Vorsorge macht **nur zwei bis fünf Prozent** der staatlichen Lebenspensionssumme aus. Und auch bei der Betrieblichen müsse etwas geändert werden“. Während in der EU die Mehrheit der Arbeitnehmer Anspruch auf Firmenpensionen habe, seien es in Österreich **nur gut vier Prozent**, berichtet Prof. Marin kürzlich im „trend“.

### **Private und betriebliche Vorsorge werden immer wichtiger werden (müssen)**

Durch die bereits gesetzten Pensionsreformen werden die künftigen Pensionsleistungen sinken: Der „trend“ hat erhoben, dass aktuell immer mehr Berufsjahre (in wenigen Jahren haben wir die lebenslange Durchrechnungszeit erreicht) für die Berechnung herangezogen werden. Dann werden die **Pensionen um rund 30 bis 40 Prozent niedriger sein als derzeit**.

Damit wird die budgetäre Belastung für den Staat geringer sein. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob mit den künftigen Pensionen auch das Leben finanzierbar sein wird. Noch dazu, wenn weitere Reformschritte gesetzt werden (müssen).

**Für Sie als Beraterin/Berater** gilt es weiterhin, bei Ihren Kundinnen und Kunden Problembewusstsein zum Thema private und berufliche Vorsorge zu schaffen. Obige Fakten sollen Ihnen helfen, den durchaus menschlichen Verdrängungsmechanismus („wird schon nicht so schlimm werden“) zu durchbrechen. Es geht um nicht weniger, als Altersarmut zu vermeiden.

Quellen: Agenda Austria, DER STANDARD, der trend